

Jahresbericht 2006 des Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (3), 137-138

Flächenerwerb und Flächenpflege zu Naturschutzzwecken gehörten auch im Jahr 2006 wieder zu den wichtigen Aufgaben des Fördervereins. Vom 01.12.2005 bis zum 01.12.2006 hat der Verein insgesamt 7 Hektar erworben, außerdem 5,7 Hektar gegen 4,4 Hektar bei entsprechendem Wertausgleich eingetauscht. Die Flächen werden in der Regel mit naturschutzfachlichen Auflagen an die bisherigen ortsansässigen Pächter weiterverpachtet.

Auf den vereinseigenen Flächen außerhalb des Nationalparks in der Nähe des Schlosses Criewen, unweit der Hühnerfarm, bemüht sich der Verein, geeignete Pächter zu finden, die bereit und in der Lage sind, dort Schaugehege für Wisente und gegebenenfalls auch für Przewalski-Pferde einzurichten. Die Tierhaltung soll nicht nur der Arterhaltung dienen, die auch einem Nationalpark gut zu Gesicht stände, sondern eine zusätzliche touristische Attraktion am Rande des Nationalparks in direkter Nähe zum neuen, noch nicht ausgelasteten Parkplatz schaffen. Die touristischen Möglichkeiten des Nationalparks sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Dabei müssen nicht alle Touristen auf der Suche nach Seggenrohrsängern durch das Kerngebiet stapfen. Vielen ist mehr damit gedient, wenn sie in der Nationalparkregion am Rande des Nationalparks ein ihnen entsprechendes und für sie interessantes Angebot erhalten. Dazu ist das bisherige Besucher- und Informationszentrum ein geeigneter Baustein, Tiergehege wären ein weiterer.

Die entscheidenden Ereignisse für den Förderverein im Jahre 2006 waren aber andere: Zum Einem gelang es am 24.01.2006, alle Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) und dem Förderverein durch einen Vergleich vor dem Verwaltungsgericht Potsdam zu beenden. Es handelt sich dabei ganz überwiegend um finanzielle wechselseitige Forderungen. Das MLUV hatte insgesamt 410.120,- € an Fördermitteln im Nachhinein zurückgefordert, der Verein 39.172,- € an ausgebliebenen Fördermitteln eingefordert. Nachdem das Verwaltungsgericht Potsdam ausführlich begründet dargelegt hatte, wie es zu entscheiden gedenke, kam es zu einem Vergleich, bei dem der Verein bis Jahresende 50.000 € an das MLUV zu zahlen und 1/6 der Gerichtskosten zu tragen hat, die restlichen 5/6 muss das Land Brandenburg übernehmen. Der Verein kann mit diesem Ausgang des Verfahrens durchaus zufrieden sein, ist er damit doch nicht nur auf einen Schlag alle finanziellen Unsicherheiten los, sondern er erhält auch eine neue Gesprächsbasis mit dem MLUV, die für den Fortgang des Projektes von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Nachdem nunmehr Dietmar Schulze als bisher für die Landwirtschaft zuständiger Staatssekretär auch für den Naturschutz verantwortlich ist und auch alle anderen leitenden Positionen des Naturschutzes im MLUV neu besetzt sind, ergibt sich eine neue, unvoreingenommene Gesprächssituation. Auch das andere Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam, bei dem es um die

Übertragung der Flächen vom Verein auf die Stiftung ging, konnte mit einem Vergleich abgeschlossen werden. Der Flächenübertragung steht mit dem Ende des Jahres 2006 seitens der brandenburgischen Landesregierung nun nichts mehr im Wege. Die Rechtsauffassung des Vereins in dieser durchaus komplexen Angelegenheit wurde dadurch bestätigt.

Seit einigen Monaten bestehen Kontakte zwischen unserem Verein und dem MLUV über die Beendigung des Gewässerrandstreifenprojektes. Bund und Land sind interessiert daran, das seit Jahren ruhende Projekt nun auch „ordentlich“ zu beenden. Der Verein wird sich diesem dringenden Wunsch des Landes Brandenburgs auf Dauer nicht verschließen können, auch wenn es schade um noch nicht abgerufene und nunmehr verlorene Fördermittel ist. Naturgemäß haben Bund und Land unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das erfolgen könnte. Schließlich hat der Bund viel Geld investiert, ohne die vom Land erwarteten Gegenleistungen zu erhalten. Für uns würde die Beendigung des Projektes, welches ohnehin 2006 enden sollte, immerhin eine Klärung der Situation bedeuten. So bemühen auch wir uns, das Projekt so abzuschließen, dass wenigstens die bisher erzielten Ergebnisse für den Naturschutz dauerhaft gesichert werden und die Ziele des Naturschutzgroßprojektes, wenn auch langsamer, in Zukunft weiter verfolgt werden können. Voraussichtlich werden die Verhandlungen zur Beendigung des Projektes auch im Jahr 2007 noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Ein weiteres für den Verein wichtiges Thema des Jahres 2006 war die Novellierung des Brandenburgischen Nationalparkgesetzes von 1995. Der Vorstand des Vereins hat sich intensiv mit den Einzelheiten des Gesetzentwurfes in Inhalt und Verfahren beschäftigt und gemeinsam mit dem Naturschutzbund und anderen in dieser Frage engagierten politischen Akteuren immer wieder dezidiert Stellung bezogen. Das Medieninteresse von Presse, Funk und Fernsehen war gewaltig. Durch eine Fülle von Rundfunk- und Fernsehinterviews sowie Presseverlautbarungen konnte der Verein seine Stimme zu Gehör bringen, mit beachtlicher Resonanz und Unterstützung in der Öffentlichkeit, letztendlich aber ohne politischen Erfolg. Der Regierungsentwurf, schon im Vorfeld mit den Koalitionsfraktionen eng abgestimmt, erfuhr auch nach der öffentlichen parlamentarischen Anhörung in Gartz am 04.09.2006 nur geringfügige Verbesserungen. Er blieb im Wesentlichen unverändert und damit unbefriedigend.

Nachdem das Gesetz nun mit großer Mehrheit aller Parteien am 25.10.2006 verabschiedet worden und am 09.11.2006 in Kraft getreten ist, muss man damit leben. Einen wirklichen Nationalpark, der diesen Namen verdient, hat Brandenburg sich damit nicht geschaffen.

Die fast auf Naturparkverwaltungsgröße geschrumpfte Nationalparkverwaltung hat durch das neue Gesetz überwiegend Aufgaben der Tourismusförderung erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen dem Förderverein und der Nationalparkverwaltung wird dadurch noch wichtiger für den Naturschutz. In jedem Fall herrscht nunmehr Klarheit, was vom staatlichen Naturschutz in den nächsten Jahren, gerade im Unteren Odertal, noch zu erwarten sein wird und was nicht.

THOMAS BERG
Vorstandsvorsitzender

HARTMUT WOHLTHAT
Vorstandsmitglied